

Revolutionäre Veränderungen bei Vorschriften im Straßengüterverkehr geplant

Brüssel, den 22.06.2017: Nach 2-jährigen Konsultationen mit allen Betroffenen ist endlich soweit. Das Mobilitätspaket der EU-Kommission wurde vorgestellt.

Dieses Paket soll den Mobilitäts- und Transportsektor in Europa drastisch modernisieren, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und um den Wandel hin zu saubereren, sicheren und effizienten Verkehrsträgern sowie zur Digitalisierung sozial gerecht zu gestalten. Mein Beitrag wird es sein, die Ächtung des Straßengüterverkehrs zu verhindern und für faire, transparente Rahmenbedingungen zu sorgen, damit unsere Thüringer Speditions- und Logistikbranche eine Zukunft hat! Jetzt ist es an der Zeit, dass sich die Branche einmischt. Spätere Beschwerden helfen in der Regel nicht.

Hintergrund:

In den kommenden 12 Monaten werden wir Abgeordnete uns detailliert mit den Vorschlägen der EU Kommission auseinandersetzen. Diese betreffen u.a Kabotageregelungen, die Entsendung von Berufskraftfahrern, deren Lenk- und Ruhezeiten und die Eurovignette für LKW, PKW und leichte Nutzfahrzeuge.

Europäische Gesetze sind in einem weitaus größeren Maße als im Bundestag von dem jeweils zuständigen „Berichterstatter“ abhängig. Deshalb bezweifle ich schon jetzt ausgewogene Ergebnisse!

Die Sozialdemokraten, seit eh und je keine Fans der Dienstleistungserbringung in einem anderen Land (Kabotage) würden diese am liebsten ganz verbieten. Eine solche Abschottung nutzt auf dem ersten Blick den nationalen Spediteuren, schadet aber der Umwelt ungeheuerlich und widerspricht der Idee vom einheitlichen europäischen Binnenmarkt. „Verordnete Leerfahrten“, für die niemand bezahlen will, werden an der Tagesordnung sein und unsere Unternehmen finanziell ruinieren. Und ob ein ausgewogener Ansatz bei der Entsendung von Berufskraftfahrern zustande kommen wird, ist auch eher zweifelhaft, da die Linke dies federführend betreuen wird. Sie ist generell nicht zu Kompromissen bereit, die gleichzeitig Forderungen der Sozialpartnern und der Wirtschaft widerspiegeln.

Lediglich der Bericht für die Lenk- und Ruhezeiten wird von jemandem aus den christdemokratischen Reihen betreut werden. Gerech wird das Gesetz aus meiner Sicht werden, wenn es zur Flexibilisierung kommt, ohne Lenkzeiten zu erhöhen und Ruhezeiten zu verkürzen. Entscheidend für die Verkehrssicherheit ist eine höhere, konsequente Kontrolldichte aller in- und ausländischen Fahrzeuge.

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP